

Diese Bekanntmachung auf der TED-Website: <http://ted.europa.eu/udl?uri=TED:NOTICE:23870-2017:TEXT:DE:HTML>

Deutschland-Marburg: Personensonderbeförderung (Straße)
2017/S 015-023870

Auftragsbekanntmachung

Dienstleistungen

Richtlinie 2014/24/EU

Abschnitt I: Öffentlicher Auftraggeber

I.1) **Name und Adressen**

Kreisausschuss des Landkreises Marburg-Biedenkopf
Im Lichtenholz 60
Marburg
35043
Deutschland
Kontaktstelle(n): - FD Schülerbeförderung -
Telefon: +49 64214051383
E-Mail: debusK@marburg-biedenkopf.de
Fax: +49 64214051445
NUTS-Code: DE724

Internet-Adresse(n):

Hauptadresse: <http://marburg-biedenkopf.de/>

I.2) **Gemeinsame Beschaffung**

I.3) **Kommunikation**

Die Auftragsunterlagen stehen für einen uneingeschränkten und vollständigen direkten Zugang gebührenfrei zur Verfügung unter: <https://www.subreport.de/E88515813>

Weitere Auskünfte erteilen/erteilt folgende Kontaktstelle:

IGDB GmbH
Im Steingrund 3
Dreieich
63303
Deutschland

Kontaktstelle(n): Ausschreibung „Astrid-Lindgren-Schule“ & „Förderschulzweig Wollenbergschule“

Telefon: +49 61035067-0

E-Mail: ausschreibung@igdb.de

Fax: +49 61035067-121

NUTS-Code: DE71C

Internet-Adresse(n):

Hauptadresse: <http://www.igdb.de>

Angebote oder Teilnahmeanträge sind einzureichen an folgende Anschrift:

IGDB GmbH
Im Steingrund 3
Dreieich

63303
Deutschland
Kontaktstelle(n): Ausschreibung „Astrid-Lindgren-Schule“ & „Förderschulzweig Wollenbergschule“
Telefon: +49 61035067-0
E-Mail: ausschreibung@igdb.de
Fax: +49 61035067-121
NUTS-Code: DE71C
Internet-Adresse(n):
Hauptadresse: <http://www.igdb.de>

I.4) **Art des öffentlichen Auftraggebers**

Regional- oder Kommunalbehörde

I.5) **Haupttätigkeit(en)**

Allgemeine öffentliche Verwaltung

Abschnitt II: Gegenstand

II.1) **Umfang der Beschaffung**

II.1.1) **Bezeichnung des Auftrags:**

Freigestellter Schülerverkehr „Astrid-Lindgren-Schule“ (Los 1) & „Förderschulzweig Wollenbergschule“ (Los 2).
Referenznummer der Bekanntmachung: 3894

II.1.2) **CPV-Code Hauptteil**

60130000

II.1.3) **Art des Auftrags**

Dienstleistungen

II.1.4) **Kurze Beschreibung:**

Die Leistungen werden als Dienstleistungsauftrag im Rahmen eines Offenen Verfahrens nach der Verordnung über die Vergabe öffentlicher Aufträge (Vergabeverordnung – VgV) vergeben und umfassen Verkehrsleistungen im Freigestellten Schülerverkehr im Landkreis Marburg-Biedenkopf zu und von der „Astrid-Lindgren-Schule“ in Stadtallendorf (Los 1) sowie zu und von „Förderschulzweig Wollenbergschule“ in Wetter [2 Standorte] (Los 2).

II.1.5) **Geschätzter Gesamtwert**

II.1.6) **Angaben zu den Losen**

Aufteilung des Auftrags in Lose: ja

Angebote sind möglich für alle Lose

Maximale Anzahl an Losen, die an einen Bieter vergeben werden können: 2

II.2) **Beschreibung**

II.2.1) **Bezeichnung des Auftrags:**

Freigestellter Schülerverkehr „Astrid-Lindgren-Schule“ in Stadtallendorf (Los 1)

Los-Nr.: 1

II.2.2) **Weitere(r) CPV-Code(s)**

60130000

II.2.3) **Erfüllungsort**

NUTS-Code: DE724

II.2.4) **Beschreibung der Beschaffung:**

Die „Astrid-Lindgren-Schule“ ist eine Schule mit „Förderschwerpunkt geistige Entwicklung und motorische Entwicklung“. Es werden Schüler im Alter von 6 bis 20 Jahren (bis zum 10. bzw. längstens bis zum 13.

Schulbesuchsjahr) unterrichtet. Einige Schüler haben umfassende Behinderungen, sitzen im Rollstuhl (im Planungsstand 6 Rollstuhlfahrer) oder haben medizinische Einschränkungen (z. B. Epilepsien, Spastiken, Schreiattacken).

Mit Planungsstand Oktober 2016 sind schultäglich Schüler im freigestellten Schülerverkehr aus den Ortschaften Amöneburg, Kirchhain, Neustadt, Rauschenberg, Stadtallendorf, Wohratal, Ebsdorfergrund, z. Zt. auch Homberg/Ohm sowie Schwalmstadt und zurück zu befördern vgl. Vergabeunterlagen, Anlage zum Verkehrsvertrag „Schülerbeförderungsliste“. Die Schüler werden an der Haustür der Wohnung abgeholt bzw. abgegeben.

Die Beförderung der Schüler erfolgt mit Fahrzeugen der Kategorie „KB“ (Kleinbusse „8-Sitzer plus Fahrer“) sowie der Kategorie „KBR“ (Rollstuhlfahrzeuge Kleinbusse). Der Auftragnehmer hat die Vorgaben der Vergabeunterlagen, Anlage zum Verkehrsvertrag „Fahrzeugkategorien“ einzuhalten. Die Verkehrsleistung kann mit mindestens 9 Fahrzeugen gefahren werden.

II.2.5) **Zuschlagskriterien**

Die nachstehenden Kriterien
Preis

II.2.6) **Geschätzter Wert**

II.2.7) **Laufzeit des Vertrags, der Rahmenvereinbarung oder des dynamischen Beschaffungssystems**

Beginn: 14/08/2017

Ende: 31/07/2021

Dieser Auftrag kann verlängert werden: ja

Beschreibung der Verlängerungen:

Von Seiten des Auftraggebers besteht ein Optionsrecht auf Vertragsverlängerung von 2 x 1 Schuljahr bis zum letzten Schultag des hessischen Schuljahres 2021/2022 sowie bis zum letzten Schultag des hessischen Schuljahres 2022/2023. Die mögliche Ausübung des Optionsrechts durch den Auftraggeber erfolgt jeweils mindestens 6 Monate vor Ablauf der Betriebslaufzeit.

II.2.10) **Angaben über Varianten/Alternativangebote**

Varianten/Alternativangebote sind zulässig: nein

II.2.11) **Angaben zu Optionen**

Optionen: nein

II.2.12) **Angaben zu elektronischen Katalogen**

II.2.13) **Angaben zu Mitteln der Europäischen Union**

Der Auftrag steht in Verbindung mit einem Vorhaben und/oder Programm, das aus Mitteln der EU finanziert wird: nein

II.2.14) **Zusätzliche Angaben**

II.2) **Beschreibung**

II.2.1) **Bezeichnung des Auftrags:**

Freigestellter Schülerverkehr „Förderschulzweig Wollenbergschule“ in Wetter, 2 Standorte (Los 2)
Los-Nr.: 2

II.2.2) **Weitere(r) CPV-Code(s)**

60130000

II.2.3) **Erfüllungsort**

NUTS-Code: DE724

II.2.4) **Beschreibung der Beschaffung:**

Der Förderschulzweig der Wollenbergschule umfasst die Förderschwerpunkte:

- Sprache;
- körperliche und motorische Entwicklung;
- geistige Entwicklung;
- Hören;
- emotionale und soziale Entwicklung;
- Sehen;
- Lernen.

Der Förderschulzweig der Wollenbergschule hat 2 Standorte.

Die Grundstufenklassen 1 bis 4 befinden sich im Neubau der Otto-Ubbelode-Schule (Grundschule in Goßfelden). Ab Klasse 5 werden die Schülerinnen und Schüler im Förderschulzweig an der Wollenbergschule in Wetter unterrichtet.

Es werden Schüler im Alter von 6 bis 20 Jahren (bis zum 10. bzw. längstens bis zum 13. Schulbesuchsjahr) unterrichtet.

Mit Planungsstand Oktober 2016 sind schultäglich Schüler im freigestellten Schülerverkehr aus den Ortschaften Wetter, Lahntal, Münchhausen, Cölbe und zurück zu befördern vgl. Vergabeunterlagen, Anlage zum Verkehrsvertrag „Schülerbeförderungsliste“. Die Schüler werden an der Haustür der Wohnung abgeholt bzw. abgegeben.

Die Beförderung der Schüler erfolgt mit Fahrzeugen der Kategorie „KB“ (Kleinbusse „8-Sitzer plus Fahrer“). Der Auftragnehmer hat die Vorgaben der Vergabeunterlagen, Anlage zum Verkehrsvertrag „Fahrzeugkategorien“ einzuhalten. Die Verkehrsleistung kann mit 3 Fahrzeugen der Kategorie „Kleinbus“ gefahren werden.

II.2.5) Zuschlagskriterien

Die nachstehenden Kriterien
Preis

II.2.6) Geschätzter Wert

II.2.7) Laufzeit des Vertrags, der Rahmenvereinbarung oder des dynamischen Beschaffungssystems

Beginn: 14/08/2017

Ende: 31/07/2021

Dieser Auftrag kann verlängert werden: ja

Beschreibung der Verlängerungen:

Von Seiten des Auftraggebers besteht ein Optionsrecht auf Vertragsverlängerung von 2 x 1 Schuljahr bis zum letzten Schultag des hessischen Schuljahres 2021/2022 sowie bis zum letzten Schultag des hessischen Schuljahres 2022/2023. Die mögliche Ausübung des Optionsrechts durch den Auftraggeber erfolgt jeweils mindestens 6 Monate vor Ablauf der Betriebslaufzeit.

II.2.10) Angaben über Varianten/Alternativangebote

Varianten/Alternativangebote sind zulässig: nein

II.2.11) Angaben zu Optionen

Optionen: nein

II.2.12) Angaben zu elektronischen Katalogen

II.2.13) Angaben zu Mitteln der Europäischen Union

Der Auftrag steht in Verbindung mit einem Vorhaben und/oder Programm, das aus Mitteln der EU finanziert wird: nein

II.2.14) Zusätzliche Angaben

Abschnitt III: Rechtliche, wirtschaftliche, finanzielle und technische Angaben

III.1) **Teilnahmebedingungen**

III.1.1) **Befähigung zur Berufsausübung einschließlich Auflagen hinsichtlich der Eintragung in einem Berufs- oder Handelsregister**

Auflistung und kurze Beschreibung der Bedingungen:

— Nachweis der Eintragung in das Berufs- oder Handelsregister nach Maßgabe der Rechtsvorschriften des Landes, in dem der Bieter ansässig ist, sofern der Bieter in das Berufs- oder Handelsregister eingetragen ist. Für den Fall der Nichteintragung: die Vorlage einer Gewerbeanmeldung (für ausländische Bieter: oder vergleichbar). Der Nachweis muss mindestens die vertretungsberechtigten Personen ausweisen. Vgl. § 44 Abs. 1 VgV.

III.1.2) **Wirtschaftliche und finanzielle Leistungsfähigkeit**

Auflistung und kurze Beschreibung der Eignungskriterien:

— Bietererklärung zur finanziellen & wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit (detaillierte Anforderungen an die zu erteilende Erklärung siehe Vergabeunterlagen, Anlage C zum Angebotsschreiben, der Vordruck ist zu verwenden),

— Verpflichtungserklärungen nach § 4 Abs. 1 bis 3 HVTG (Tariftreueerklärung), § 6 HVTG (Mindestentgelterklärung) und § 8 Abs. 2 HVTG für Bieter sowie deren Nachunternehmen und Verleihunternehmen (§ 8 Abs. 1 HVTG), soweit diese bereits bei Angebotsabgabe bekannt sind; § 7 Abs. 1 HVTG (detaillierte Anforderungen an die zu erteilende Erklärung siehe Vergabeunterlagen, Anlage D zum Angebotsschreiben; der Vordruck ist zu verwenden),

— Bescheinigung in Steuersachen des zuständigen Finanzamtes. Die Bescheinigung muss Angaben zu den steuerlichen Verhältnissen und den steuerlichen Erklärungspflichten enthalten [die Bescheinigung muss zum Zeitpunkt der Angebotsabgabe gültig sein]. Falls auf der Bescheinigung keine Gültigkeitsdauer angegeben sein sollte, darf das Ausstellungsdatum in Bezug zum Datum der Angebotsabgabe nicht länger als 3 Monate zurückliegen, d. h. nicht älter als Stichtag: 1.12.2016,

— Bescheinigung der Kommune des Unternehmenssitzes über die steuerliche Zuverlässigkeit [die Bescheinigung muss zum Zeitpunkt der Angebotsabgabe gültig sein]. Sofern an die Kommune des Unternehmenssitzes keine Steuer entrichtet werden, sondern an die Kommunen der jeweiligen Betriebsstätten, ist dies der Vergabestelle bis zum Ablauf der Angebotsfrist entsprechend mitzuteilen und zu erläutern. Ferner hat der Bieter zusätzlich die Bescheinigung der steuerlichen Zuverlässigkeit der betroffenen Kommune vorzulegen, in der die Betriebsstätte, die den vertragsgegenständlichen Verkehr erbringen soll, ansässig ist. Bei Ergebnisabführungsverträgen / Organschaften ist hinsichtlich des Drittunternehmens entsprechend zu verfahren.

Falls auf der Bescheinigung keine Gültigkeitsdauer angegeben sein sollte, darf das Ausstellungsdatum in Bezug zum Datum der Angebotsabgabe nicht länger als 3 Monate zurückliegen, d. h. nicht älter als Stichtag: 1.12.2016. (Die „Bescheinigung der Kommune des Betriebssitzes über die steuerliche Zuverlässigkeit ...“ soll die ordnungsgemäße Entrichtung der Gewerbesteuer bestätigen. Wird die Gewerbesteuer nicht durch die Gemeinde erhoben, sondern durch andere Behörden (z. B. Finanzamt), so muss die zuständige Behörde die diesbezügliche steuerliche Bescheinigung erteilen. Sollte der Bieter von der Gewerbesteuer befreit sein, so muss ein unabhängiger Steuerberater oder Wirtschaftsprüfer die Befreiung von der Gewerbesteuer bestätigen. Eine gesonderte Bescheinigung der zuständigen Behörde ist in diesem Fall nicht erforderlich.).

III.1.3) **Technische und berufliche Leistungsfähigkeit**

Auflistung und kurze Beschreibung der Eignungskriterien:

— Angabe von erbrachten Verkehrsleistungen im Bereich der Beförderung von Personen mit körperlichen und geistigen Beeinträchtigungen, seit Gründung des Unternehmens, höchstens jedoch seit Beginn (01.01.) der letzten 3 vollen Kalenderjahre (2014, 2015, 2016).

Es ist mindestens eine erbrachte Verkehrsleistung anzugeben, die benannte Anzahl braucht die im Vordruck geforderte Anzahl nicht zu überschreiten.

Die angegebenen Referenzleistungen müssen geeignet sein, einen tragfähigen Rückschluss auf die Leistungsfähigkeit des Unternehmens in Bezug auf den zu vergebenden Auftrag zu ermöglichen. Die Referenzleistungen müssen nicht mit der ausschreibungsgegenständlichen Leistung identisch sein, sie sollten jedoch mit den Anforderungen an die zu erbringende Leistung vergleichbar sein (vergleichbar hoher Schwierigkeitsgrad). Neben der Angabe von selbst erbrachten Verkehrsleistungen (auch als Teil einer Bietergemeinschaft) ist auch die Angabe von Leistungen als Unterauftragnehmer zulässig. (Detaillierte Anforderung an die zu erteilenden Angaben siehe Vergabeunterlagen, Anlage F zum Angebotsschreiben; der Vordruck ist zu verwenden).

Oder

(ggf. ergänzend): falls seit Beginn der o. g. letzten 3 vollen Kalenderjahre keine aussagekräftigen Angaben gemacht werden können: sofern ein Bieter aufgrund fehlender Referenzen die Leistungsfähigkeit seines Unternehmens nicht nachweisen kann, kann er sich der Leistungsfähigkeit eines anderen Unternehmens bedienen (vgl. § 47 VgV). Das andere Unternehmen hat eine Kopie der Anlage F zum Angebotsschreiben vollständig auszufüllen und zu zeichnen. In diesem Fall ist das Kopieren der Anlage F zum Angebotsschreiben zulässig. Das Unternehmen muss ferner eine Verpflichtungserklärung in Form einer verbindlichen Zusage abgeben, die der Vergabestelle bis zum Ablauf der Angebotsfrist vorzulegen ist. Die Verpflichtungserklärung muss Aussagen beinhalten, dass das Know-How, ggf. notwendige technischen Geräte und Einrichtungen sowie die notwendigen personellen Kapazitäten des anderen Unternehmens dem Bieter über die gesamte Vertragslaufzeit für die ausschreibungsgegenständliche Leistung uneingeschränkt zur Verfügung stehen. Die Verpflichtungserklärung ist auch notwendig, sofern es sich bei dem anderen Unternehmen um ein Unternehmen handelt, dass mit dem Bieter in einem Konzern verbunden ist. Innerhalb einer Bietergemeinschaft ist keine Verpflichtungserklärung notwendig.

— Getrennt nach Losen:

Angabe zu den einkalkulierten Fahrzeugen (detaillierte Anforderungen an die zu erteilenden Erklärungen siehe Vergabeunterlagen, Anlage G1-G2 zum Angebotsschreiben, der jeweilige Vordruck ist zu verwenden).

III.1.5) **Angaben zu vorbehaltenen Aufträgen**

III.2) **Bedingungen für den Auftrag**

III.2.1) **Angaben zu einem besonderen Berufsstand**

III.2.2) **Bedingungen für die Ausführung des Auftrags:**

III.2.3) **Für die Ausführung des Auftrags verantwortliches Personal**

Abschnitt IV: Verfahren

IV.1) **Beschreibung**

IV.1.1) **Verfahrensart**

Offenes Verfahren

IV.1.3) **Angaben zur Rahmenvereinbarung oder zum dynamischen Beschaffungssystem**

IV.1.4) **Angaben zur Verringerung der Zahl der Wirtschaftsteilnehmer oder Lösungen im Laufe der Verhandlung bzw. des Dialogs**

IV.1.6) **Angaben zur elektronischen Auktion**

IV.1.8) **Angaben zum Beschaffungsübereinkommen (GPA)**

Der Auftrag fällt unter das Beschaffungsübereinkommen: ja

IV.2) **Verwaltungsangaben**

- IV.2.1) **Frühere Bekanntmachung zu diesem Verfahren**
- IV.2.2) **Schlussstermin für den Eingang der Angebote oder Teilnahmeanträge**
Tag: 01/03/2017
Ortszeit: 10:00
- IV.2.3) **Voraussichtlicher Tag der Absendung der Aufforderungen zur Angebotsabgabe bzw. zur Teilnahme an ausgewählte Bewerber**
- IV.2.4) **Sprache(n), in der (denen) Angebote oder Teilnahmeanträge eingereicht werden können:**
Deutsch
- IV.2.6) **Bindefrist des Angebots**
Das Angebot muss gültig bleiben bis: 05/05/2017
- IV.2.7) **Bedingungen für die Öffnung der Angebote**
Tag: 01/03/2017
Ortszeit: 11:00
Angaben über befugte Personen und das Öffnungsverfahren:
Bieter sind nicht zugelassen.

Abschnitt VI: Weitere Angaben

- VI.1) **Angaben zur Wiederkehr des Auftrags**
Dies ist ein wiederkehrender Auftrag: nein
- VI.2) **Angaben zu elektronischen Arbeitsabläufen**
- VI.3) **Zusätzliche Angaben:**
— Zur Anwendung des Hessischen Präqualifikationsregisters (HPQR) siehe „Aufforderung zur Angebotsabgabe und Bewerbungsbedingungen“ der Vergabeunterlagen.
— Hinweis zu Ziffern III.1.1)-1.3): Sofern ein Bieter aus gewichtigen Gründen nicht in der Lage ist, eine der in den Ziffern III.1.1)-1.3) genannten Nachweise und Erklärungen vorzulegen, hat er dies unter Angabe der Gründe der Vergabestelle vor der in Ziffer 5 der „Aufforderung zur Angebotsabgabe und Bewerbungsbedingungen“ genannten Frist für Fragen zu den Vergabeunterlagen mitzuteilen.
— Für Bietergemeinschaften ist vorzulegen: Erklärung der Bieter- / Arbeitsgemeinschaft (detaillierte Anforderungen an die zu erteilende Erklärung siehe Vergabeunterlagen, Anlage E zum Angebotsschreiben; der Vordruck ist zu verwenden. Die Hinweise auf Seite 1 ff. der Anlage E zum Unterschriftenerfordernis sind zu beachten).
— Sonstige Angebotsunterlagen:
Vergabeunterlagen, Anlage B1-B2 zum Angebotsschreiben „Preisblatt“:
Das jeweilige Preisblatt Anlage B1a) und B2a) zum Angebotsschreiben ist unter Berücksichtigung der Vorgaben der Vergabeunterlagen auszufüllen. In allen Feldern sind Eintragungen vorzunehmen. Darüber hinaus ist dem jeweiligen Preisblatt die entsprechende Tourenplanung „Entwurf der zeitlich und kilometrisch optimierten Tourenplanung einschließlich Anzahl der Besetzkilometer (Bkm) und der Besetztfahrtzeit je Fahrt“ (Anlage B1b) und B2b) zum Angebotsschreiben) unter Berücksichtigung der Vorgaben der Vergabeunterlagen beizufügen, damit der jeweilige Angebotspreis verifiziert werden kann.
Hinweis:
Bei der Tourenplanung sind alle Schüler gem. Vergabunterlagen, Anlage zum Verkehrsvertrag Los 1 bzw. Los 2 „Schülerbeförderungsliste“ zu berücksichtigen. Fehlende Schüler in der Tourenplanung und/oder Nicht-Einhalten der Vorgaben gem. Vergabeunterlagen können zum Ausschluss des Angebots führen.
— Das Vergabeverfahren wird bis zur Angebotsabgabe über die weitgehend plattform-unabhängige

Browseranwendung der eVergabelösung subreport ELVIS abgewickelt. Die Datenübermittlung erfolgt über eine verschlüsselte Internetverbindung unter Verwendung eines aktuellen Internet-Browsers. Der Nachrichtenaustausch wird über das interne Nachrichtensystem der Plattform abgewickelt, das außerdem eine Benachrichtigungsfunktion mit E-Mail beinhaltet.

Für die Registrierung an der Plattform subreport ELVIS unter der Webadresse <https://www.subreport-elvis.de/anmeldung.html> wird ein gültiger E-Mail-Account benötigt.

Bieterfragen (vgl. Vergabeunterlagen, Aufforderung zur Angebotsabgabe und Bewerbungsbedingungen, Ziffer 5) können somit nur nach Registrierung über die Plattform subreport ELVIS gestellt und deren Antworten ebenfalls nur dort eingesehen werden.

Bei Angebotsabgabe ist eine Versicherung erforderlich, dass sich der Bieter auf der Plattform subreport ELVIS unter der ELVIS-ID dieses Verfahrens über den letzten Stand der Bieterinformationen einschließlich ggf. erfolgter Änderungen der Vergabeunterlagen informiert hat (vgl. Vergabeunterlagen, Ziffer 9 des Angebotschreibens).

VI.4) **Rechtsbehelfsverfahren/Nachprüfungsverfahren**

VI.4.1) **Zuständige Stelle für Rechtsbehelfs-/Nachprüfungsverfahren**

Vergabekammer des Landes Hessen beim Regierungspräsidium Darmstadt
Dienstgebäude: Wilhelminenstraße 1-3; Fristenbriefkasten: Luisenplatz 2
Darmstadt
64283
Deutschland
Fax: +49 6151125816 / +49 6151126834

VI.4.2) **Zuständige Stelle für Schlichtungsverfahren**

Vergabekammer des Landes Hessen beim Regierungspräsidium Darmstadt
Dienstgebäude: Wilhelminenstraße 1-3; Fristenbriefkasten: Luisenplatz 2
Darmstadt
64283
Deutschland
Fax: +49 6151125816 / +49 6151126834

VI.4.3) **Einlegung von Rechtsbehelfen**

Genaue Angaben zu den Fristen für die Einlegung von Rechtsbehelfen:
Ergeht eine Mitteilung des Auftraggebers, der Rüge nicht abhelfen zu wollen, kann der Bieter wegen Nichtbeachtung der Vergabevorschriften ein Nachprüfungsverfahren nur innerhalb von 15 Kalendertagen nach Eingang vor der Vergabekammer beantragen.
Nach Ablauf der Frist ist der Antrag unzulässig. (§ 160 Abs. 3 Nr. 4 GWB).

VI.4.4) **Stelle, die Auskünfte über die Einlegung von Rechtsbehelfen erteilt**

Vergabekammer des Landes Hessen beim Regierungspräsidium Darmstadt
Dienstgebäude: Wilhelminenstraße 1-3; Fristenbriefkasten: Luisenplatz 2
Darmstadt
64283
Deutschland
Fax: +49 6151125816 / +49 6151126834

VI.5) **Tag der Absendung dieser Bekanntmachung:**

17/01/2017